

Einige Gedanken zu Europa

von

Prof. Dr. Klaus Gretschmann



„Mehr Demokratie für Europa? Die EU zwischen Bürokratisierung und Bürgernähe“: Veranstaltung der Bonner Akademie für die Lehre und Forschung praktischer Politik in Kooperation mit der IHK Bonn/Rhein-Sieg am 18. März 2014 im Posttower der Deutschen Post/DHL AG

1. **Europa ist ein großer Traum**; freilich, spätestens seit der Finanzkrise glauben viele der Traum sei ausgeträumt. Die Krise hat nämlich den **ursprünglichen Reichtum der europäischen Idee leider allzu sehr auf deren ökonomische Dimension reduziert**. Aber die Europäische Union, wenngleich oft als zahnloser Tiger und als bürokratisches Monstrum geschmäht, ist nach wie vor eines der **größten historischen Experimente in der Geschichte** zwischenstaatlicher Beziehungen. Staaten haben einen **Teil ihrer Souveränität übertragen** auf ein koordinierendes transnationales Institutionengefüge, die EU, mit dem Ziel der **Förderung des Gemeinwohls der Völker Europas**.
2. Darüber hinaus **hilft eine Mitgliedschaft in der EU dem globalen Einfluss kleinerer und mittelgroßer Länder**. Stellen Sie sich einfach vor ein einzelnes Land, sei es Luxemburg oder auch Schweden, würden in der Welthandelsorganisation WTO allein für sich verhandeln müssen, sie würden allein keinerlei bedeutsames Gewicht in die Waagschale werfen können. Aber im Verbund mit den 27 anderen EU Staaten verhandelt Europa für insges. fast 500 Millionen Europäer und das ist ein ganz anderes Kaliber. Durch ihre Zusammenarbeit können die Mitgliedsstaaten also sicherstellen, dass **ihre Stimme auf internationalem Parkett gehört** wird. Dies gilt im Übrigen auch für die Durchsetzung internationaler Regeln und Standards im Bereich von Umwelt, Energiesicherheit, Kriminalität, Finanzmarktordnung etc. **Nur über die Bündelung unserer Kräfte haben wir eine Chance in der globalen Welt**.

3. Auch wenn die EU Länder mit **unterschiedlichen Sozialmodellen zusammenführt** – so etwa das *anglo-amerikanische Modell* in Ländern wie UK oder IR; das *etatistische Modell* in FR oder ES, das Modell der Sozialen Marktwirtschaft wie in DE oder AT, das Modell der *nordischen Wohlfahrtsstaaten* wie in DK oder SE oder das Modell des *kleinformatigen Familienkapitalismus* wie in IT oder PT – so versucht sie doch über Mechanismen der gegenseitigen Hilfe einen Ausgleich von Entwicklungsunterschieden (etwa über Struktur- und Regionalfonds) oder auch Hilfestellungen in Krisenlagen (siehe die jüngste Finanzkrise) zu bewirken. Der **europäische Sozialstaat als demokratischer Rechtsstaat wird nicht länger als ein „Markthindernis“ betrachtet**, sondern eine neue Solidarität und Sozialethik wird als Teil europäischer Identität und als Fundament europäisch-abendländischer Werte angesehen. Tatsächlich ist **Europa weit mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, es ist eine Wertegemeinschaft. Europa lebt von der Einheit in der Vielfalt, nicht von der Vereinheitlichung.** Europa verträgt keinen Zentralismus mit einem allzuständigen Einheitsstaat, sondern ist nur entwicklungsfähig von unten als ein Europa der Differenziertheit: Einheit in der Vielfalt und Vielfalt in der Einheit ist die Devise!
4. Nun soll aber **auch der ökonomische Nutzen der EU** nicht unerwähnt bleiben: Binnenmarkt und Euro sind von überwältigender Bedeutung für Deutschland. Unsere Exporterfolge und unsere Arbeitsplätze werden in diesem Umfang erst durch die **Größenvorteile und den Wettbewerbsdruck eines gemeinsamen europäischen Markts möglich – durch gemeinsame Regeln, Standards, Berechenbarkeit und die Kraft des gemeinsamen Rechts.** Dieser Binnenmarkt ist ein **Raum freier, grenzenloser Mobilität:** Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Wohnen und Arbeiten, Studieren und Reisen jenseits nationaler Grenzen ist ein besonderer Wert sui generis.
5. Wir brauchen **neue unorthodoxe Ideen, Wettbewerb um neue Konzepte**, neue Märkte, Produkte, Kunden, um Jobs und Wohlstand des Europäischen Modells zu sichern. Dazu bedarf es eines **einheitlichen europäischen Rechtsrahmens.** Bessere und smartere Regulierung ist dabei das Gebot der Stunde. Um dies zu erreichen bedarf es einer engen Kooperation und eines dauerhaften ordnungspolitischen und prozesspolitischen Dialogs zwischen Staat und Wirtschaft. Wenn es Europa nicht gäbe, so müssten wir es erfinden.
6. Aber wir wollen **keine bürokratisch-paternalistische Beglückungsmaschinerie in Brüssel;** sondern **europäische Institutionen sollen zusammen mit den Mitgliedstaaten und unter Einbeziehung der Unternehmen und Zivilgesellschaft Regeln setzen und als Wächter derselben fungieren.** Dabei muss eine Verantwortungs- und Kompetenzteilung zwischen europäischer, nationaler und regionaler Politikebene gefunden werden, die dem **Subsidiaritätsgedanken entspricht.**